Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1339 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 170. **Freitag, 24. Juli 1925, abends.** **78. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für der 8gespaltenen, 8 mm breite Grundschriftzeile (6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Fortsetzung der Außendebatte im Reichstag.

Der Kanzler zur Sicherheitsregelung. — Annahme des Vertrauensvotums für die Reichsregierung.

Nach Beendigung der außenpolitischen Aussprache.

Das Reichskabinett Luther hat diesmal im Reichstag einen parlamentarischen Sieg davongetragen, wie er seit dem Regierungsantritt des gegenwärtigen Reichsministeriums noch nicht zu verzeichnen war. Es war ein leichter Sieg, bei dem die Chancen von vornherein für die Regierung sehr günstig standen, nachdem es dem Außenminister Dr. Stresemann gelungen war, den deutschen Standpunkt zur Sicherheitsfrage so festzulegen, daß mit Ausnahme der Kommunisten und der Völkischen keine Partei in der Lage war, ernsthaften Widerspruch zu erheben. Die imposante Mehrheit, die für die Regierung gestimmt hat, sowie die leichte Ueberwindung der Mißtrauensanträge der extremen Parteien sind der beste Beweis dafür, daß der außenpolitische Kurs für die nächste Zukunft festgelegt ist und keine Aenderung für absehbare Zeit hinaus in Frage kommen kann. Nicht einmal vor der Londoner Konferenz, die doch gewiß für das Schicksal Deutschlands von allergrößter Bedeutung war, war es der damaligen Reichsregierung möglich, eine so imposante Einmütigkeit im Reichsparlament herzustellen. Allerdings ergab sich diesmal die Entwicklung der Dinge von selbst, denn die nächsten Entscheidungen Deutschlands werden weiter nichts darstellen als die letzte Konsequenz, eines von Deutschland unternommenen und mit kühnen Mitteln durchgeführten Versuches zur Lösung des Sicherheitsproblems zu gelangen.

Am auffallendsten war die Haltung der Linksopposition, der Demokraten und der Sozialdemokraten, die diesmal beinahe dieselbe Rolle übernahm wie vorher die Deutschnat. Die Redner dieser beiden Parteien fanden das deutsche Sicherheitsmemorandum vom 9. Februar als viel zu weitgehend und suchten auf das Reichskabinett einen Druck auszuüben, damit es in seinen Zugeständnissen an die alliierten Regierungen keinesfalls zu weit gehe. Der demokratische Redner Dr. Haas hielt dem Außenminister entgegen, daß der endgültige Verzicht auf Elsaß-Lothringen, der in dem Memorandum enthalten sei, auf die schwersten Bedenken stoßen müsse. Bei den bevorstehenden Verhandlungen dürfe das Reich keinerlei Verpflichtungen eingehen, die mit der Sicherheit des deutschen Volkes unvereinbar seien. Lediglich in der Völkerbundfrage scheint die Linke weniger Vorbehalte zu stellen als die Regierungsparteien, die sich stillschweigend auf die Formel geeinigt haben, ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund könne auf der gegenwärtigen Basis nicht vollzogen werden, sondern müsse sich erst aus der Berücksichtigung der wichtigsten deutschen Vorbehalte ergeben. Die Redner der kleineren Parteien, Abgeordneter Professor Bredt von der Wirtschaftspartei und Abgeordneter Leicht von der Bayerischen Volkspartei, entwickelten ebenfalls ein positives Programm, das die Einheitsfront der großen Parteien ohne weiteres gewährleisten konnte. Blieben nur noch die unerquicklichen Zwischenfälle mit den extremen Parteien, besonders bei der Rede des Grafen Reventlow, die einen Schatten auf die erfreuliche Durchführung der außenpolitischen Debatte werfen konnten. Reichskanzler Dr. Luther hatte es wirklich leicht, den parlamentarischen Erfolg des Reichskabinetts dadurch zu ergänzen, daß er in der nachdrücklichsten Weise allen Gerüchten entgegentrat, die von einer Uneinigkeit im Reichskabinett wissen wollten. Nunmehr ist die parlamentarische Situation restlos geklärt, und der Reichstag wird in spätestens 14 Tagen in die Ferien gehen können, nachdem er die noch zu erledigenden Regierungsvorlagen verabschiedet hat. Für die Reichsregierung beginnt jedoch dann eine schwierige Zeit der diplomatischen Unterhandlungen und der Vorbereitungen für die großen Auseinandersetzungen, die der Kampf um das Friedensproblem mit sich bringen wird.

Deutscher Reichstag.

vdz. Berlin, 23. Juli 1925.

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Luther, Dr. Stresemann, Schiele und die anderen Mitgl. des Kabinetts.

Präsident **Loebe** eröffnet die **hundertste Sitzung** um 2 Uhr 45 Min. und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in dieser Tagung nicht allzuviele Sitzungen noch folgen werden. (Lebh. Beifall.) — Auf dem Präsidententisch steht aus Anlaß des Sitzungsjubiläums ein großer Strauß von roten und weißen Nelken.

Die außenpolitische Aussprache

wird darauf fortgesetzt. **Wider Erwarten** nimmt nicht Reichskanzler Dr. Luther das Wort, sondern die erste Rednerreihe der Parteien wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Haas-Baden (Dem.)

nennt es ein tragisches Schicksal, daß das deutsche Volk gezwungen sei, in so breiten Schichten hinter eine Außenpolitik zu treten, die so schwer und so hart sei. **Der Redner billigt die Außenpolitik der Regierung,** die darauf hinausläuft, eine Besserung des deutsch-französischen Verhältnisses anzubahnen. **Diese Besserung sei die Grundlage für eine Befriedung Europas. Allein auf dieser Grundlage liege auch die Befreiung des Rheinlandes.**

Zu dem heutigen Frankreich könne man ein offenes Wort sprechen. Zweifellos war das uns zugefügte Unrecht groß; aber wir hoffen, daß nunmehr die deutsch-französischen Beziehungen im Geiste wahrhafter Demokratie ausgestaltet werden. Der Redner verweist auf den Aufruf von 102 französischen Schriftstellern an das Gewissen der Welt, der den Weg zu friedlicher Verständigung weise. Bei diesen 102 Franzosen handele es sich um Männer, denen rechtsradikale Studenten in Deutschland das Sprechen verbieten. (Hört! hört! links.) Der Redner fragt, warum denn die von den Deutschnationalen so oft aufgerührte Kriegsschuldfrage in der Note nicht erwähnt werde. Die Deutschnationalen sollten doch endlich zugeben, daß sie nur aus parteipolitischen Gründen handelten. Eine solche Frage müsse man der sorgsamen Abwägung der Regierung überlassen.

Tiefschmerzlich sei der Verzicht auf Elsaß-Lothringen. Elsaß-Lothringen solle nicht wieder zum Kampfobjekt zwischen Deutschland und Frankreich werden, aber die deutsch-elsässische Kultur müsse erhalten bleiben. Der Redner wirft die Frage auf, was geschehen wäre, wenn eine Regierung Wirth-Rathenau diesen Verzicht ausgesprochen hätte. Kein Mann der Regierung wäre seines Lebens sicher gewesen. (Zustimmung links.) Der Redner erklärt, die Demokraten würden auch als Oppositionspartei die Stellung des Außenministers gegenüber dem Auslande nicht schwächen. Den Kommunisten erwidert der Redner, die Russen hätten es leicht, scharfe Töne gegenüber den Alliierten anzuschlagen, denn sie wohnen an der Wolga, wir aber am Rhein.

Abg. Bredt (Wirtsch. Vergg.)

bringt die **Zustimmung seiner Fraktion zur Außenpolitik des Kabinetts,** wenn auch das Vorgehen des Außenministers zunächst im Lande Ueberraschung hervorgerufen habe. Selbstverständlich sei es, daß wir in den Völkerbund eintreten, wir müssen dann aber auch gleichberechtigte Mitglieder sein. Obwohl die Wirtschaftliche Vereinigung in manchen innerpolitischen Fragen anderer Meinung sei wie die Reichsregierung, werde sie sie in der Außenpolitik unterstützen.

Abg. Leicht (BVP.)

bedauert, daß das Auswärtige Amt so wenig Fühlung mit den Reichstagsparteien halte. **Der Redner stimmte grundsätzlich der deutschen Antwortnote zu** und bedauerte, daß innerpolitische Streitigkeiten die Bildung einer großen umfassenden außenpolitischen Front im Reichstage verhindern. An der Forderung der Gleichberechtigung Deutschlands und der Gegenseitigkeit des Paktes dürfe unter keinen Umständen gerüttelt werden. Ein Pakt zu Gunsten der Alliierten wäre eine neue Anerkennung der Kriegsschuldlüge. Der Redner erinnert an die schweren Leiden der Bevölkerung der besetzten Gebiete und fragt, ob aus einer solchen Atmosphäre ein dauerhafter Frieden entstehen könne. Deutschland bedürfe mehr des Schutzes als Frankreich.

Abg. Graf zu Reventlow (Völk.)

begründet das **völkische Mißtrauensvotum** gegen den Außenminister. Dieser habe eigenmächtig gehandelt, ohne das Kabinett und den Reichstag zu befragen. Der Reichstag müsse ihm daher seine Mißbilligung aussprechen. Die Regierung habe kein Recht, einen Verzicht auf Elsaß-Lothringen auszusprechen. Daß die Elsaß-Lothringer, die vor dem Kriege schlecht behandelt wurden, übrigens keinen großen Wert auf die Zugehörigkeit zu Deutschland legen, kann man ihnen nicht verdenken. (Lebh. hört! hört! bei der Mehrheit.)

Unter allgemeiner Spannung nimmt darauf

Reichskanzler Dr. Luther

das Wort. Mir ist, so erklärte er, bis zu diesem Augenblick unbekannt, wie der formale parlamentarische Abschluß dieser außenpolitischen Erörterungen sich gestalten wird. Ich kann mich daher, so erklärt der Kanzler weiter, nur auf die tatsächlichen Ausführungen der Fraktionsredner beziehen und **feststellen, daß eine große Mehrheit des Reichstages im Endergebnis ihrer sachlichen Stellungnahme sich im Einklang mit der Note der Reichsregierung an die französische Regierung befindet.** (Zustimmung.) Die Reichsregierung kann hieraus den Schluß ziehen, daß sie mit ihrer Stellungnahme den politischen Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht hat. (Zustimmung.)

Da auch die weiteren Schritte im Geiste und Sinne der Note getan werden sollen, so ist damit gesichert, daß **die bevorstehende außenpolitische Arbeit im Sinne der in der Volksvertretung zutage getretenen weitgehenden Uebereinstimmung erfolgen wird.** Diese Tatsache muß der Stellungnahme der Reichsregierung ein besonderes Gewicht geben.

Die **Anregungen der Reichstagsparteien** werden für die künftigen Beratungen der Reichsregierung **von besonderer Bedeutung sein.** Alle unsere Maßnahmen werden auf das Gesamtziel abgestellt sein. Es handelt sich einmal darum, durch **zielbewußte Verfolgung des Sicherheitsgedankens** eine dauerhafte Grundlage für den europäischen Frieden zu schaffen. Andererseits muß die deutsche Regierung fest im Auge behalten, daß die großen Grundgedanken, die allein den Frieden gewährleisten, auch Deutschland gegenüber Geltung haben. (Zustimmung.) Ein Sicherheitspakt kann nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit abgeschlossen werden. (Beifall.)

Auch die großen Rechtsgedanken des Völkerbundes dürfen nicht etwa durch neue Abmachungen geschmälert werden. Die Darlegungen, die Deutschland schon im Septembermemorandum bezüglich des Völkerbundes gemacht hat, sind gerade von dem Verlangen getragen, eine **wirkliche Gleichberechtigung** zu erzielen. Durch formal gleichmäßige Anwendung von Paragraphen kommt solche Gleichberechtigung nicht zum Ausdruck. (Zustimmung.) Sie beruht vielmehr auf der Anerkennung, daß die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen. Auf eine solche Anerkennung besonderer Umstände hat **Deutschland** gerade bezüglich des Artikels 16 der Völkerbundssatzung ein natürliches Anrecht. Es muß wenigstens eine **rechtliche Gewähr dafür erhalten, daß sein Gebiet nicht Aufmarsch- und Operationsgelände anderer Staaten werden kann.** (Zustimmung.) Die endgültige Regelung der allgemeinen Fragen ist erst möglich, wenn bis dahin alle mit der Entwaffnung zusammenhängenden Fragen — auch die **Räumung der nördlichen Rheinlandzone** — befriedigend geregelt sind. Das sogenannte Investigationsprogramm entspricht in keiner Weise dem Geiste der Verständigung.

Der Reichskanzler überbringt dann **dem deutschen Volke an Rhein, Ruhr und Saar die Grüße des ganzen Vaterlandes.** (Lebhafter Beifall.) Mit besonderer Anteilnahme gedenkt der Kanzler dann derjenigen, deren endgültige Befreiungsstunde noch nicht geschlagen hat. Ihnen wird am besten gedient sein, wenn die Vorstellung von der Notwendigkeit eines wirklichen Friedens Europas sich auch außerhalb Deutschlands immer mehr verbreitet und in Taten umsetzt. Die **deutsche Regierung** wird bis zur Herbeiführung des endgültigen Friedenszustandes alles tun, was in ihren Kräften steht. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Rosenberg (Komm.)

behandelt eingehend das russische Problem und warnt vor einem Eintritt in den Völkerbund, der Deutschland zu einem Kriege mit Rußland zwingen könnte. Der Redner wirft die Frage auf, wie es denn mit der Einigkeit im Reichskabinett stehe. Der Redner warnt vor einer Abenteurerpolitik.

Abg. v. Graefe (völk.)

nennt die Note eine bewußte Freigabe Elsaß-Lothringens. Es sei kläglicher Volksbetrug, wenn man das bestreite. Wir entbieten denen, die Sie (zu den Regierungsparteien) im Stich gelassen haben, den Gruß deutscher Treue. Man sehe heute eine gerade Erfüllungslinie von Scheidemann über Erzberger, Wirth, Marx bis Luther und — leider — heute auch Schiele. (Lachen rechts. — Abg. Crispien (Soz.) erhält einen Ordnungsruf wegen eines beschimpfenden Zurufes.)

Abg. Landsberg (Soz.)

stellt in einer Erklärung mit Genugtuung fest, daß die Regierungsparteien jetzt Vorschläge machen, die sich in hohem Maße der von der Sozialdemokratie vertretenen Politik annähern. Die politischen Kundgebungen und Vorbehalte der stärksten Regierungsparteien nötigten aber zu wachsamem Mißtrauen. Der Eintritt in den Völkerbund erfahre eine den Interessen Deutschlands nicht dienliche Verzögerung. Die Fraktion könne deshalb dem Vertrauensantrag der Regierungsparteien nicht zustimmen. Sie werde in ihrer ablehnenden Haltung bestärkt durch die allgemeine Politik der Regierung, die immer klarer das Ziel verfolge, die Lasten aus dem Friedensvertrag den Massen aufzuerlegen.

Abg. Koch-Weser (Dem.)

gibt die Erklärung ab, daß seine Fraktion trotz mancher Bedenken damit einverstanden sei, daß in Konsequenz des Memorandums vom Februar die Note der Reichsregierung überreicht worden ist. Die demokratische Fraktion werde infolgedessen dem Billigungsantrag zustimmen.

Damit schließt die Aussprache.

Die Interpellationen werden für erledigt erklärt. — **Ein völkischer Antrag auf Nachprüfung der Dawesgesetze wird abgelehnt.**

Es folgt dann die

Abstimmung über das Vertrauensvotum der Regierungsparteien.

Es lautet: „Indem der Reichstag über die anderen Anträge zur Tagesordnung übergeht, billigt er die Antwortnote und die darin zum Ausdruck kommende politische Stellungnahme der Reichsregierung. — Mit den Regierungsparteien stimmen auch die Demokraten, so daß der Antrag mit großer Mehrheit angenommen wird.

Das Vertrauensvotum wurde mit 235 gegen 158 Stimmen bei 13 Enthaltungen angenommen.

Einige Ergänzungsetats werden ohne Aussprache angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Freitag 1½ Uhr: Personalabbauverordnung, Amnestievorlage, Uniformschutzgesetz.

Schluß ¾8 Uhr.

•

Zur Abstimmung im Reichstag.

)(Berlin **Bei der Abstimmung über den Billigungsantrag stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Völkischen gegen den Antrag, die Wirtschaftliche Vereinigung enthielt sich der Stimme.**